

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIV
1. Teil Verfassungsrechtliche Grundlagen	1
A. Die Geschichte der Versammlungsfreiheit	1
B. Supranationale Bezüge	6
I. Der Schutz der Versammlungsfreiheit in Art. 11 Abs. 1 EMRK	6
1. Der Schutzbereich	6
a) Der persönliche Schutzbereich	6
b) Der sachliche Schutzbereich	6
2. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit	7
3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	7
a) Die allgemeinen Möglichkeiten der Beschränkung nach Art. 11 Abs. 2 S. 1 EMRK	7
b) Besondere Möglichkeiten der Beschränkung der Art. 11 Abs. 2 S. 2 EMRK	8
c) Die Möglichkeit der Beschränkung der politischen Tätigkeit von Ausländern nach Art. 16 EMRK	9
II. Der Schutz der Versammlungsfreiheit in Art. 12 Abs. 1 EUGrCh	9
1. Der Schutzbereich	9
a) Der persönliche Schutzbereich	9
b) Der sachliche Schutzbereich	9
2. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit	10
3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	10
C. Die Gesetzgebungscompetenzen für die Regelung des Versammlungsrechts	11
I. Die konkurrierende Zuständigkeit des Bundes bis 2006	11
II. Die alleinige Zuständigkeit der Länder seit 2006	14
D. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, Art. 8 Abs. 1 GG	19
I. Der Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 GG	19
1. Der persönliche Schutzbereich	19
2. Der sachliche Schutzbereich	22
a) Der Gegenstand des Schutzes	22
b) Die Gewährleistungen der Versammlungsfreiheit	37
3. Eingriffe in den Schutzbereich	43
4. Die Rechtfertigung von Eingriffen	44

VII

Inhaltsverzeichnis

a)	Die Schranken der Versammlungsfreiheit	44
b)	Die Schranken-Schranken	48
5.	Konkurrenzfragen	58
II.	Der landesverfassungsrechtliche Schutz der Versamm- lungsfreiheit	62
1.	Die Versammlungsfreiheit als Landesgrundrecht . . .	62
2.	Die Bedeutung der landesverfassungsrechtlichen Ver- bürgungen	63
2. Teil	Verwaltungsrecht	65
A.	Grundlagen	65
I.	Überblick über die Versammlungsgesetze in Deutschland.	65
II.	Aufbau und Regelungen der Versammlungsgesetze . . .	65
1.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Versammlungsgesetzen	65
2.	Das Versammlungsgesetz des Bundes (VersG)	66
3.	Die Versammlungsgesetze in Sachsen und Sachsen- Anhalt	67
4.	Das Bayerische Versammlungsgesetz	67
5.	Das Niedersächsische Versammlungsgesetz	68
6.	Das Versammlungsfreiheitsgesetz Schleswig-Holstein	69
7.	Das Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin	70
III.	Versammlungsgesetze und Verfassung	71
IV.	Versammlungsgesetze und andere Gesetze	72
1.	Verhältnis zwischen Versammlungsgesetzen und all- gemeinem Polizeirecht	72
a)	Die Versammlungsgesetze als Gefahrenabwehr- gesetze	72
b)	Versammlungsgesetze, allgemeines Polizeirecht und „Minusmaßnahmen“	73
c)	Konstellationen der Anwendung des allgemei- nen Polizeirechts bei Versamm- lungen	75
2.	Versammlungsgesetze und StPO	77
3.	Versammlungsgesetze und sonstige Regelungen . . .	79
a)	Normen des besonderen Polizeirechts	79
b)	Straßen- und Straßenverkehrsrecht	80
c)	Sonn- und Feiertagsgesetze	81
V.	Der Versammlungsbegriff und die Abgrenzung zu ande- ren Zusammenkünften.	83
1.	Die Versammlung	83
2.	Die Abgrenzung zwischen Versammlung und An- sammlung im Einzelnen	84
a)	Grundsatz	84
b)	Prüfung	84
c)	Abgrenzungsfälle	85

Inhaltsverzeichnis

VI.	Kategorien und Typen der Versammlung	88
1.	Erörterung und Kundgebung	88
2.	Versammlung unter freiem Himmel und Versammlung im geschlossenen Raum	89
3.	Öffentliche und nicht-öffentliche Versammlung	89
4.	Ortsfeste Versammlungen und Aufzüge	91
VII.	Behördliche Zuständigkeiten	91
1.	Versammlungsbehörden und Polizei	91
2.	Versammlungsbehörden in den einzelnen Bundesländern	92
VIII.	Problemfelder	94
1.	Versammlungsbeginn	94
2.	Adressaten behördlicher Maßnahmen	95
3.	Kosten	96
B.	Anmeldung und Kooperation	96
I.	Die Anmeldung/Anzeige der Versammlung	96
1.	Anzeigepflicht und Versammlungsfreiheit	96
2.	Die Anmeldung/Anzeige und ihre Wirkung	102
a)	Der Anzeigepflichtige	102
b)	Frist und Form der Anzeige	104
c)	Wirkung der Versammlungsanzeige	106
3.	Pflichtangaben bei der Anzeige	109
4.	Verlangen ergänzender Angaben	112
5.	Behördliche Pflichten	116
a)	Kommunikation mit dem Veranstalter/Leiter der Versammlung	116
b)	Versammlungsbehörde und andere Behörden sowie Dritte	118
6.	Besonderheiten bei Eilversammlungen	122
7.	Folgen unterbliebener, unrichtiger oder verspäteter Anzeige	123
a)	Nicht angemeldete Versammlungen	123
b)	Anmeldung mit unrichtigen oder unvollständigen Angaben	123
c)	Verspätete Anmeldung	125
8.	Die Spontanversammlung als Versammlung ohne Anzeigepflicht	125
9.	Der Umgang mit Scheinanmeldungen	127
II.	Die Kooperation	129
1.	Grundidee	129
2.	Beteiligte der Kooperation	130
3.	Die Kooperationspflicht der Behörden	131
a)	Inhalt und Ausprägungen der Kooperationspflicht	131

Inhaltsverzeichnis

b)	Der Ablauf der Kooperation	132
c)	Folgen unzureichender behördlicher Kooperation	136
4.	Die Kooperationsobliegenheit der an der Versammlung Beteiligten	136
a)	Inhalt und Ausprägungen der Kooperationsobliegenheit	136
b)	Mögliche Auswirkungen eines mehr oder weniger kooperativen Verhaltens	138
C.	Verbotes Verhalten	139
I.	Grundlagen	139
1.	Die Konfliktlage als versammlungstypisches Problem	139
2.	Der – abgesehen von den versammlungsgesetzlichen Verboten – bestehende rechtliche Rahmen für die Vermeidung und Bewältigung von schweren Konflikten	139
3.	Der Grund-Ansatz der versammlungsgesetzlichen Verbote	140
4.	Systematik der Verbote	141
5.	Rechtnatur und Wirkung der Verbotsnormen	142
II.	Das Störungsverbot als primär dem Schutz der Versammlung dienendes Verbot	143
1.	Das Verbot von Verhinderungsstörungen	143
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	143
b)	Adressaten des Verbots	144
c)	Inhalt des Verbots	144
d)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	149
2.	Sonstige Störungen und Behinderungen	151
III.	Verbote zum Schutz Außenstehender und der Versammlung	152
1.	Das Waffenverbot	152
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	152
b)	Geltungsbereich und Adressaten des Verbots	152
c)	Inhalt des Verbots	153
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten	156
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	157
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	157
2.	Das Gewalttätigkeits-Verbot	159
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	159
b)	Geltungsbereich und Adressaten des Verbots	159
c)	Inhalt des Verbots	159
d)	Veranstalter- und Leiterpflichten	160
e)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	160

Inhaltsverzeichnis

3.	Das Militanz-/Uniformverbot	160
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	160
b)	Geltungsbereich und Adressaten des Verbots . .	161
c)	Inhalt des Verbots	162
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten	165
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	166
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	166
4.	Das Vermummungsverbot	167
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	167
b)	Adressaten und Geltungsbereich des Verbots . .	168
c)	Inhalt des Verbots	170
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten	174
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	176
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	176
5.	Das Verbot von Schutzausrüstung	178
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	178
b)	Adressaten und Geltungsbereich des Verbots . .	178
c)	Inhalt des Verbots	179
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten	180
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	181
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	181
D.	Beobachtung von Versammlungen	181
I.	Verfassungsrechtliche Überlegungen	181
1.	Die Problematik	181
2.	Der Grundrechtsschutz	181
a)	Selbstdarstellung und Recht auf Informations- nelle Selbstbestimmung	181
b)	Die Versammlungsfreiheit	183
c)	Intensität des Eingriffs	186
II.	Die Anwesenheit der Polizei und Versammlungsbehörde bei Versammlungen	187
1.	Geltungsbereich des Bundes-Versammlungsgesetzes .	187
a)	Polizeiliche Anwesenheit auf versammlungsgesetzlicher Grundlage	187
b)	Polizeiliche Anwesenheit nach der StPO	190
2.	Niedersachsen, Berlin und Schleswig-Holstein . . .	191
3.	Bayern	193
4.	Sachsen	195
5.	Sachsen-Anhalt	196
III.	Bild- und Tonaufnahmen	196
1.	Überblick	196
2.	Geltungsbereich des Versammlungsgesetzes des Bundes sowie Sachsen-Anhalt	197
a)	Grundlagen	197

Inhaltsverzeichnis

b)	Übersichtsaufnahmen	197
c)	Übersichtsaufzeichnungen	200
d)	Individualaufzeichnungen und -aufnahmen	201
3.	Bayern, Niedersachsen, Sachsen, Berlin und Schleswig-Holstein	201
a)	Grundlagen	201
b)	Versammlungen unter freiem Himmel	202
c)	Versammlungen in geschlossenen Räumen.	205
IV.	Die Überwachung von Versammlungs-vorbereitender Kommunikation	206
E.	Behördliches Einschreiten bei Versammlungen.	207
I.	Maßnahmen gegen Versammlungen unter freiem Himmel bzw. deren Repräsentanten.	207
1.	Überblick über mögliche Maßnahmen	207
2.	Eingriffsbefugnisse bei nicht-öffentlichen Versammlungen	209
3.	Die unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit (oder Ordnung) als Regel-Voraussetzung.	210
a)	Gesetzliche Vorgaben	210
b)	Begriff und Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit.	210
c)	Die Individualrechtsgüter.	211
d)	Die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung.	213
e)	Die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs.	214
f)	Bestand und Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen und Veranstaltungen	214
g)	Die öffentliche Ordnung	221
h)	Die Unmittelbarkeit der Gefahr	226
i)	Die auf die unmittelbare Gefahr bezogene Gefahrenprognose.	230
4.	Sonderregelungen gegen nationalsozialistische oder kommunistische Versammlungen.	233
a)	Überblick.	233
b)	Normzweck und Regelungssystematik.	234
c)	Die einzelnen Voraussetzungen bei Anknüpfung an bestimmte Orte oder Tage	235
d)	Zusätzliche Einschränkungsmöglichkeiten und Besonderheiten in einzelnen Bundesländern.	240
e)	Rechtfolgen	246
5.	Polizeilicher Notstand und andere denkbare Gründe für Maßnahmen gegen eine nicht-unmittelbar gefahrverursachende Versammlung	246
a)	Grundsatz: Störer als Maßnahmenadressat	246

Inhaltsverzeichnis

b)	Der (echte) polizeiliche Notstand	247
c)	Der „unechte polizeiliche Notstand“.....	251
d)	Die Versammlung als Zweckveranlasser	253
6.	Das Versammlungsverbot	255
a)	Das Versammlungsverbot im System des behördlichen Einschreitens gegen Versammlungen	255
b)	Erste Grundvoraussetzung: Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung	257
c)	Zweite Grundvoraussetzung: Unmittelbarkeit der Gefahr	257
d)	Die Verhältnismäßigkeit.....	258
e)	Verbotsgründe in der Praxis	262
f)	Die Verbotsverfügung	274
g)	Rechtsfolgen	278
7.	Die Auflösung einer Versammlung.....	279
a)	Begriff und Rechtsnatur der Versammlungsauflösung	279
b)	Zuständigkeit	280
c)	Adressat, Verfahren, Form und Inhalt der Auflösungsverfügung	280
d)	Auflösung nach Ermessen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung	282
e)	Auflösung einer verbotenen Versammlung.....	284
f)	Auflösungsgründe in der Praxis	285
g)	Rechtsfolgen der Auflösung	286
h)	Teilauflösung und Minusmaßnahmen?	288
i)	Auflösung nach allgemeinem Polizeirecht	289
8.	Beschränkende Verfügungen („Auflagen“).....	289
a)	Systematische Einordnung und Voraussetzungen	289
b)	„Auflagen“ in der Praxis	291
c)	Die beschränkende Verfügung	313
d)	Rechtsfolgen der beschränkenden Verfügung ..	316
9.	Die Ablehnung des Leiters oder einzelner Ordner ..	317
a)	Die Entscheidung über Leiter und Ordner.....	317
b)	Die Ablehnung des Leiters.....	318
c)	Die Nichtbestätigung bzw. Ablehnung einzelner Ordner	322
10.	„Minusmaßnahmen“.....	324
a)	Die Grundidee der Minusmaßnahme	324
b)	Der Referenzfall: Die beschränkende Verfüfung („Auflage“) nach Versammlungsbeginn ..	324

Inhaltsverzeichnis

c) Sonstige Minusmaßnahmen-Konstellationen	326
11. Realakte, einschließende Begleitung und „Kesselbildung“	327
12. Bannkreisgesetze	331
a) Zielrichtung und Inhalt der Gesetze über befriedete Bezirke.	331
b) Ausnahmen vom Verbot	333
c) Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Bannmeilenregelung.	335
d) Der befriedete Bezirk um das Abgeordnetenhaus in Berlin.	335
II. Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer bei Versammlungen unter freiem Himmel.	336
1. Maßnahmen vor Beginn der Versammlung	336
a) Gefährderanschreiben/-ansprache	336
b) Teilnahmeuntersagung und Aufenthaltverbot . .	338
c) Meldeauflage	341
d) Vorkontrollen.	343
e) Sicherstellung von Gegenständen	345
2. Behördliches Einschreiten während der Versammlung. .	345
a) Ausschluss aus der Versammlung und Folgemaßnahmen.	345
b) Identitätsfeststellung und Durchsuchung	347
c) Sicherstellung von Gegenständen	348
d) Minus- und sonstige Maßnahmen	348
III. Maßnahmen bei Versammlungen in geschlossenen Räumen	349
1. Regelung, praktische Bedeutung und verfassungsrechtliche Vorgaben	349
2. Versammlungsverbot	350
a) Voraussetzungen eines Verbots im Geltungsbereich des VersG des Bundes sowie des Bay-VersG, SachsVersG und VersammlG LSA	350
b) Voraussetzungen eines Versammlungsverbots in Niedersachsen	353
c) Voraussetzungen eines Versammlungsverbots in Berlin und in Schleswig-Holstein	353
d) Verfahren und Rechtsfolgen beim Versammlungsverbots.	354
3. Auflösung der Versammlung	354
4. Beschränkende Verfügungen („Auflagen“)	355
5. Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer	356
6. Vorgehen nach anderen als den versammlungsgesetzlichen Normen	356
IV. Umgang mit Gegendemonstranten und Störern	358

Inhaltsverzeichnis

3. Teil	Verwaltungs- und verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz . . .	362
A.	Widerspruchsverfahren	363
B.	Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten	364
I.	Einstweiliger Rechtsschutz	364
1.	Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 VwGO	364
a)	Zulässigkeit	364
b)	Begründetheit	368
2.	Einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	370
a)	Statthaftigkeit	370
b)	Vorbeugender Rechtsschutz	371
c)	Glaubhaftmachung	372
d)	Vorwegnahme der Hauptsache	373
3.	Rechtsmittel und Streitwert	373
II.	Rechtsschutz im Klageverfahren	374
1.	Fortsetzungsfeststellungsklage	374
a)	Zulässigkeit	374
b)	Begründetheit	377
2.	Feststellungsklage	377
3.	Vorbeugende Unterlassungsklage	378
4.	Rechtsmittel	379
a)	Antrag auf Zulassung der Berufung und Berufung	379
b)	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision und Revision	379
c)	Vertretungzwang	380
C.	Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht	380
I.	Verfassungsbeschwerde	381
1.	Annahmeverfahren	381
2.	Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	382
a)	Beschwerdefähigkeit	382
b)	Beschwerdegegenstand	382
c)	Beschwerdebefugnis	384
d)	Anforderungen an die Begründung der Verfassungsbeschwerde	385
e)	Rechtswegerschöpfung und Grundsatz der Subsidiarität	386
f)	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	388
g)	Frist und Form	389
3.	Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	389
4.	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und ihre Wirkungen	391
II.	Der einstweilige Rechtsschutz	393
1.	Zulässigkeit des Antrags	393

Inhaltsverzeichnis

2.	Begründetheit des Antrags	394
3.	Entscheidungsaussprüche und -wirkungen	399
D.	Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz vor den Landesverfassungsgerichten	401
4. Teil	Zivilrecht	403
A.	Rechtsbeziehungen zwischen den Versammlungsbeteiligten	403
I.	Einführung	403
1.	Die zivilrechtliche Seite des Versammlungsrechts im Kontext von Assoziationsrecht und Vereinsrecht	403
2.	Der Rechtscharakter der Versammlung	404
3.	Die Beteiligten im Überblick	404
4.	Entsprechende Anwendung zivilrechtlicher versammlungsgesetzlicher Vorschriften auf Zusammenkünfte außerhalb des Schutzbereichs von Art. 8 GG	404
II.	Das Zustandekommen einer Versammlung	405
1.	Die Initiative des Veranstalters	405
2.	Die Einsetzung des Versammlungsleiters durch den Veranstalter	407
a)	Leiterpflicht und Versammlungsleiter	407
b)	Die Entscheidung über die Person des Versammlungsleiters	408
3.	Das Zusammenkommen der Teilnehmer	410
4.	Die Eröffnung der Versammlung durch den Leiter	411
III.	Die Rechte und Pflichten der Versammlungsbeteiligten während der laufenden Versammlung	411
1.	Die Rechte und Pflichten des Veranstalters	411
2.	Die Rechte und Pflichten des Leiters und der Ordner	412
a)	Der Versammlungsleiter	412
b)	Die Ordner	417
3.	Die Rechte und Pflichten der Teilnehmer	419
B.	Rechtsbeziehungen zu Außenstehenden	422
I.	Vermieter und Eigentümer der Versammlungs-Örtlichkeit	422
1.	Nutzung von Versammlungsräumen bzw. -flächen mit (ursprünglichem) Einverständnis des Berechtigten	422
a)	Varianten der Überlassung von Räumen bzw. Flächen an eine Versammlung	422
b)	Insbesondere: Mietvertrag	422
2.	Nutzung von Versammlungsräumen bzw. -flächen gegen den Willen des Berechtigten	433
a)	Die Regel-Konstellation des privaten Hausrechts	433

Inhaltsverzeichnis

b)	Im Eigentum der öffentlichen Hand stehende öffentliche Kommunikationsflächen als Ausnahmefall	435
c)	Im Eigentum Privater stehende öffentliche Kommunikationsflächen als weiterer Ausnahmefall?	437
d)	Öffentlich-rechtliches Hausrecht	438
II.	Von der Versammlung betroffene Personen.	439
1.	Problemstellung	439
2.	Unterlassungsansprüche	440
a)	Anspruchsgrundlagen	440
b)	Duldungspflicht und Rechtswidrigkeit	441
c)	Anspruchsverpflichtete	443
3.	Schadensersatzansprüche	443
III.	Unerwünschte Personen und Störer	445
1.	Das Fernhalten unerwünschter Personen	445
a)	Nicht-öffentliche Versammlungen im geschlossenen Raum	445
b)	Öffentliche Versammlungen im geschlossenen Raum mit differenzierter Einladung	445
c)	Öffentliche Versammlungen: Allgemeine Regeln	447
2.	Der Umgang mit Störern	449
a)	Versammlungen unter freiem Himmel	449
b)	Versammlungen im geschlossenen Raum	450
IV.	Der Problemkreis Filmen/Fotografieren/Berichterstattung	450
1.	Nicht zur Presse gehörende Personen	450
2.	Presse	455
a)	Das Anwesenheitsrecht der Presse	455
b)	Die Erstellung und Verbreitung von Foto-/Filmaufnahmen	457
c)	Die Berichterstattung	457
5. Teil	Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	459
A.	Straftaten	460
I.	Straftaten nach dem Versammlungsgesetz (VersG)	461
1.	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	461
a)	Störung von Versammlungen und Aufzügen (§ 21 VersG)	461
b)	Widerstand gegen Versammlungsleitung und Ordner (§ 22 VersG)	463
2.	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	465
a)	Aufforderung zur Teilnahme an verbotenen Versammlungen (§ 23 VersG)	465

Inhaltsverzeichnis

b)	Abweichen von der Anmeldung/Nichtbefolgen von Auflagen (§ 25 VersG)	466
c)	Durchführung verbotener oder nicht angemeldeter Veranstaltungen (§ 26 VersG)	468
3.	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten.	471
a)	Bewaffnungsverbot (§ 27 Abs. 1 VersG)	471
b)	Verwendung bewaffneter Ordner (§ 24 VersG)	473
c)	Schutzwaffenverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 1 VersG)	474
d)	Vermummungsverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 2 VersG)	475
e)	Zusammenrottungsverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 3 VersG)	477
f)	Unerlaubtes Tragen von Uniformen und politischen Kennzeichen (§ 28 VersG)	478
II.	Straftaten nach den Versammlungsgesetzen der Länder	480
1.	Bayern (BayVersG)	480
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	481
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	481
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	481
2.	Niedersachsen (NVersG)	482
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	482
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	482
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	483
3.	Sachsen (SächsVersG)	483
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	483
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	483
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	484
4.	Sachsen-Anhalt (VersammlG LSA)	484
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	484
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	484
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	484
5.	Schleswig-Holstein (VersFG SH)	484
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	484

Inhaltsverzeichnis

b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	485
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	485
6.	Berlin (VersFG BE)	485
III.	Versammlungstypische Straftaten nach dem StGB	486
1.	Äußerungsdelikte	486
a)	Straftaten gegen die Ehre	486
b)	Staatsgefährdende Äußerungsdelikte	490
c)	Aufforderung, Anleitung, Androhung, Belohnung und Billigung von Straftaten	492
d)	Volksverhetzung	495
e)	Straftaten, welche sich auf Religion und Weltanschauung beziehen	496
f)	Bedrohung	496
2.	Gewaltdelikte	497
a)	Nötigung	497
b)	Widerstand und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	501
c)	Landfriedensbruch	505
d)	Hausfriedensbruch	510
e)	Gefangenbefreiung	510
f)	Körperverletzungsdelikte	511
g)	Sachbeschädigungsdelikte	512
h)	Gemeingefährliche Straftaten	512
IV.	Weitere versammlungstypische Straftaten nach strafrechtlichen Nebengesetzen	512
1.	Straftaten nach dem Vereinsgesetz (VereinsG)	512
2.	Straftaten nach dem Kunsturhebergesetz (KunstUrhG)	513
3.	Straftaten nach dem Waffengesetz (WaffG) und Sprengstoffgesetz (SprengG)	515
4.	Straftaten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	516
B.	Ordnungswidrigkeiten	516
I.	Ordnungswidrigkeiten nach dem VersG	517
II.	Ordnungswidrigkeiten nach den Versammlungsgesetzen der Länder	519
1.	Bayern (BayVersG)	519
2.	Niedersachsen (NVersG)	521
3.	Sachsen (SächsVersG)	524
4.	Sachsen-Anhalt (VersammlG LSA)	524
5.	Schleswig-Holstein (VersFG SH)	524
6.	Berlin (VersFG BE)	525
III.	Weitere versammlungstypische Ordnungswidrigkeiten	526

Inhaltsverzeichnis

1.	Versammlungstypische Ordnungswidrigkeiten nach dem OWiG	526
2.	Unerlaubte Versammlungen in den befriedeten Bezirken des Bundes	528
3.	Straßenverkehrsrechtliche Ordnungswidrigkeiten.	528
4.	Blockade von Bahngleisen	529
5.	Unbefugtes Plakatieren.	529
6.	Schulpflichtverletzungen	530
7.	Ordnungswidrigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	530
C.	Versammlungstypische prozessuale Fragen.	531
I.	Im Ermittlungsverfahren	531
1.	Einzelne polizeiliche Ermittlungshandlungen	532
a)	Polizeiliche Bild- und Tonaufnahmen	533
b)	Durchsuchung und Beschlagnahme	534
c)	Maßnahmen zur Identitätsfeststellung.	536
d)	Veröffentlichung von Abbildungen zur Fahndung .	537
e)	Festnahme und Haft von Tatverdächtigen	538
f)	Festnahme und Festhalten von Störern	538
2.	Gewährung des Zugangs zu einem Rechtsanwalt.	539
II.	Im gerichtlichen Verfahren.	540
1.	Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten	541
2.	Fragen zur Beweisaufnahme	542
a)	Polizeibeamte als Zeugen	543
b)	Bild- und Tonaufnahmen als Augenscheinobjekte. .	545
3.	Störung der Verhandlung, Kundgebungen vor dem Ge- richt und im Gerichtssaal	546
4.	Gerichtliche Sanktionierung.	547
5.	Einziehung	548
	Stichwortverzeichnis	549